

Wie hat sich die
Bevölkerung Berlins
bei den bevorstehenden
Reichstagswahlen
zu verhalten

Zugleich ein Mahnwort an alle deutschen Wähler.

Rede
Gehalten am 17. Februar 1881 zu Berlin
von
Dr. Ernst Henrici

Berlin 1881
Verlag von M. Schulze

Wie hat sich die
Bevölkerung Berlins

bei den bevorstehenden
Reichstagswahlen

zu verhalten?

~~~~~  
Eugleich ein Mahnwort an alle deutschen Wähler.

—><—  
**Rede,**  
gehalten am 17. februar 1881 zu Berlin

von

**Dr. Ernst Henrici.**

—+|:|:|:|:|+—  
Berlin 1881.  
**Verlag von W. Schulze**  
S.W. Hedemannstraße 11.

### Meine Herren!

Heißer denn je wird diesmal nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reiche der Wahlkampf entbrennen. Fortschrittler, Socialdemokraten, Nationalliberale und Konservative aller Schattirungen stehen schon jetzt, 4 Monate vor der Wahl, auf dem Kampfplatz. Diese außerordentliche Erscheinung muß auch ihre außerordentlichen Gründe haben, und ich will versuchen, Ihnen dieselben darzulegen. Daraus wird sich dann ergeben, welche Ausichten die verschiedenen Parteien bei den Wahlen haben.

Seit dem Jahre 1874 ist es reißend in unserem wirthschaftlichen Leben bergab gegangen. Aber auch die vorausgehende Zeit war nur ein überfüntetes Grab, denn das durch die französische Kriegs-Entschädigung nach Deutschland gekommene Kapital änderte an den wirthschaftlichen Zuständen keine Spur. Herr Eugen Richter behauptet nun, die schnell aufeinanderfolgenden Kriege seien an unserem Unglück schuld. Das spricht der Herr, wie immer, sehr bestimmt aus, den Beweis aber bleibt er schuldig. Daß Kriege auch einen Einbruch auf die wirthschaftlichen Verhältnisse machen, wird Niemand leugnen; aber ebenso klar liegt es auf der Hand, daß, wenn jahrelang nach dem Kriege ein gewisser äußerer Wohlstand sich zeigte, der Krieg nicht ein volles Jahrzehnt später in immer zunehmender Weise Noth zur Folge haben kann. Vielmehr ist das natürliche, daß wirthschaftliche und sociale Mißstände ihre Ursachen in dem System der Wirthschafts- und Socialpolitik haben. Wir wollen nicht vergessen, daß ungefähr gleichzeitig mit dem letzten Kriege die famose Geseßfabrik arbeitete, die uns Gewerbefreiheit, (Große Heiterkeit) Freizügigkeit, Juden-Regiment, Kulturkampf, Gründungsschwindel u. s. w. brachte. (Sehr richtig.) Die folgenden Jahre zeitigten dann die Attentate eines Hödel und Nobiling — trägt etwa auch an diesen der Krieg seine Schuld? Der wahre Grund ist vielmehr das zunehmende Entweichen jeder Moral aus

unserem Volke; Handel und Wandel gehen durch die manchesterliche Mißwirthschaft zu Grunde und die Unmöglichkeit zum Broderwerb treibt ganze Bevölkerungsklassen in eine blinde Opposition zu der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung, zu allen Verbrechen und schließlich zum Königsmord. Haltlosigkeit und Zwietracht, das ist der Geist unserer Zeit. Bei den Wahlen überboten sich dann die einzelnen Parteien in Lockmitteln, um Stimmen zu ködern; jeder Kandidat verkündet dem rathlosen Wähler, daß seine Partei dem Volke Heil bringen werde. Nun, den Weltbeglückter zu spielen ist ein billiges Vergnügen.

Zur Klärung der Verhältnisse will ich die Ziele der einzelnen Parteien näher beleuchten. Für Berlin kommt selbstverständlich das Centrum, das recht ehrenwerthe Männer zählt, nicht in Betracht, da die Zahl der Katholiken verhältnismäßig sehr klein ist. Ebensovienig kommen die Nationalliberalen in Rechnung, eine Partei, die nicht Pferd, nicht Esel ist. (Seiterkeit.) Der Kampf würde demnach zwischen der Fortschrittspartei, den Socialdemokraten und den Konservativen auszufechten sein.

Ich fange mit dem „Fortschritt“ an, nicht etwa, weil ihm die erste Stelle gebührt, sondern weil ich ihn zuerst abthun will. (Große Seiterkeit, Bravo.)

„Graz, theurer Freund, ist alle Theorie“, das muß man der ehrenwerthen Fortschrittspartei zurufen. Graz ist aber nicht nur die Theorie, sondern auch der Esel. (Seiterkeit.) Die Fortschrittspartei hat sich gründlich in ihre grauen Theorien verrannt und macht sich naiverweise noch damit breit, daß sie mit den guten Eigenschaften der Menschen rechne, nicht mit den schlechten. Jeder Fortschrittsmann schließt doch seine Thür vor Dieben zu — rechnet er denn da mit den guten Eigenschaften? (Sehr richtig.) Die schlimmste Theorie der Fortschrittspartei ist die „Freiheit“. Ich will einmal eine Reihe von Freiheiten aufzählen: Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Handelsfreiheit, Bucherfreiheit, Freiheit in der Ausbeutung der Arbeiter, Freiheit den Bauer zu ruiniren, Freiheit zu Betrug, Diebstahl, Mord und Todtschlag, Freiheit zu Königsmord. Da haben wir eine ganze Reihe von Freiheiten, die doch unmöglich alle bestehen können; — irgend wo muß man einen Abschnitt machen. Aber nach welchem Recept will man erkennen, wo einzuhalten ist? Nur das Bedürfnis, die Praxis

kann hier entscheiden. Die Gewerbefreiheit mag in der Theorie etwas ungeheuer Erhabenes sei; die Praxis hat bewiesen, daß sie einen ganzen Stand zu Grunde richtet. Aber die fortschrittliche Theorie verlangt Freiheit des Gewerbebetriebes und der Niederlassung. — Herr Eugen Richter äußert großspurig in seiner letzten Rede, daß keine Meisterprüfung etwas helfe, das Werk müsse den Meister loben. Ja wenn nur das Werk den Meister lobte! Aber was bekommt man denn für Waare? Kürzlich kaufte ich einen scheinbar höchst eleganten Damen-Schreibtisch; es dauerte nicht lange, da fielen ihm die Beine ab (große Heiterkeit); sie waren nämlich nicht eingefügt, sondern angeleimt. Als ich dem Möbelhändler darüber Vorstellungen machte, meinte er, ich hätte den Tisch gewiß etwas zu kalt gestellt. (Stürmische Heiterkeit.)

Außer den beliebten „Freiheiten“ hat die Fortschrittspartei noch eine Specialität: den Militäretat. Man sollte kaum glauben, wie bewandert Herr Eugen Richter in militärischen Dingen ist! Da hat er nun wieder herausgerechnet, daß der Militäretat in den letzten 10 Jahren 5 Milliarden verzehrt hat. Meine Herren, der Jude Bleichröder hat im vergangenen Jahre 15 Millionen „gemacht“, das giebt für 10 Jahre 150 Millionen, 7 Großjuden von derselben Sorte würden uns 1 Milliarde, 35 Großjuden 5 Milliarden kosten. (Hört, hört.) Sie werden sagen: soviel Großjuden haben wir gar nicht, aber vergessen Sie nicht, daß die Disconto-Gesellschaft, Bodencreditbank u. A. auch Großjuden sind. (Bravo). Kurz, die lumpigen 370 Millionen des Militäretats (vereinzelter heftiger Widerspruch und oho!) — ich wiederhole: die lumpigen 370 Millionen richten uns nicht zu Grunde. (Bravo!) Das ist alles nur Fortschrittsphrase. Noch größer aber wird der Fortschrittsjammer durch seine gänzliche Unkenntniß der ländlichen Verhältnisse; die Leute wissen nur etwas von dem städtischen Leben. Herr Eugen Richter sollte nur einmal seine Nase hinausstrecken auf's Land, da würde er besser sehen, wo uns der Schuh drückt, und weshalb wir gegen die Juden kämpfen. Die Fortschrittspartei hat kein wirtschaftliches Programm, und alles, was bei ihr aussieht wie ein solches, ist lederne Theorie. Völlig unmöglich gemacht sich die Fortschrittspartei bei allen anständigen Leuten durch ihre schamlose Haltung in der Judenfrage. Wenn ein Virchow vor

der Volksvertretung die Markenfälschungen eines Schnapsjuden „Geschäftsanancen“ nennen und ihn trotz seines unverfälschten Benehmens in Schutz nehmen konnte, dann ist dieser Virchow und seine Genossen nicht werth, noch fernher vom Volke zum Vertreter gewählt zu werden. (Großer Beifall.)

Die Fortschrittspartei mag bei der nächsten Wahl noch ihre Kandidaten zum Theil durchbringen, aber sie hat ausgewirthschafet, obwohl Herr Albert Träger meint, sie bestehe nun schon 20 Jahre, folglich müsse sie lebensfähig sein. Nun, die Pest besteht schon über 2000 Jahre und scheint doch auch noch lebensfähig zu sein — nichtsdestoweniger bleibt sie die Pest. (Große Heiterkeit.)

Ich komme nun auf ein etwas besseres Kapitel, auf die Socialdemokraten; besser ist freilich nur relativ gemeint. Im vernünftigen Socialismus liegt das eigentlich lebensfähige Element der Zukunft. (Lebhafte Bravo der Socialdemokraten.) Der Socialismus bringt darauf, daß die Arbeit als einzig reeller Werth anerkannt, daher auch Arbeit und Arbeitslohn in das richtige Verhältniß gesetzt werden müssen. Besonders aber müssen wir an dem Grundsatz festhalten, daß der Staat nicht nur das Dreibrad für äußere Verhältnisse ist, sondern daß er verantwortlich ist für das Wohl seiner Bürger. Aber leider sind Socialismus und socialdemokratische Partei zwei sehr verschiedene Dinge. (Sehr richtig!) Diese Partei ist demoralisirt (wüthende Zwischenrufe der Socialdemokraten) — ja, sie hat Geld von den Juden genommen. (Rufe! von wem?) Nun, wenn Sie es denn wissen wollen, von dem Frankfurter Juden Höchberg, der den Socialdemokraten nach und nach über 70,000 Mk. zugewendet hat. (Bravo!) In Dresden und Berlin sind die Versammlungsprenger, wie erwiesen, von den Juden bestochen worden — von denselben Juden nehmen sie Geld, gegen die sie eigentlich, als gegen Großkapitalisten, kämpfen sollten. (Sehr richtig!) Das Schlimmste aber sind die Mittel, die zur Durchführung der socialistischen Ideen eventuell angewendet werden sollen: man scheut sich nicht vor Gewaltthaten, um mit einem Schläge zum Ziele zu gelangen. Aber auf einmal geht doch das nicht. Der Staat ist ein Organismus, dessen Lebensbedingungen nicht ungestraft plötzlich geändert werden können; eine allmähliche Aenderung ist jedoch nicht nur möglich, sondern nöthig. Die für einen großen Theil der Socialdemokraten nicht zu leugnenden

internationalen Tendenzen bekämpfen wir durch Gesetze — aber dadurch schaffen wir den Nothstand noch lange nicht aus der Welt. Noch weniger aber ist es angebracht, über die Nothlage zu schweigen. Wir müssen vielmehr danach trachten, den Arbeiterstand materiell und moralisch zu heben, und das kann nur durch Eingreifen seitens der Regierung geschehen. Durch die Arbeiter-Versicherungen und das Unfall-Gesetz ist ein dankenswerther Anfang gemacht; der Segen dieser Gesetze wird nicht ausbleiben.

Ich komme jetzt auf die Conservativen. In den Reihen dieser Partei vollzieht sich gegenwärtig eine Umbildung, insofern als sie anfängt, den Bedürfnissen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Trotz des Geschreis der Fortschrittler ist auch die conservative Partei, abgesehen vom Centrum die einzige, die die ländlichen Verhältnisse gebührend in's Auge faßt, weil in dieser Partei sich Männer finden, die Landwirthschaft betreiben.

Indessen ich will keineswegs die conservative Partei über ihr Verdienst hinaus loben; es giebt bei ihr die verschiedenartigsten Schattirungen, von denen einige recht wenig lebensfähig für die Zukunft sind. Ein Theil der Conservativen ist fast gänzlich unthätig, ein stagnirendes Gewässer, in dem frisches Leben unmöglich ist. Mit diesen ist überhaupt nicht zu rechnen, am allerwenigsten in Berlin. Aber auch diese stehen nach meinen Anschauungen unendlich über der versumpften Fortschrittspartei, denn sie erkennen das Berechtigte in der gegen die Juden gerichteten Bewegung an.

In neuester Zeit hat ein Theil der Conservativen ernstlich die sociale Frage in die Hand genommen; man wird diese Richtung wohl am besten als „social-conservativ“ bezeichnen. Zu ihr gehört auch als Abart die christlich-sociale Partei, die zeitlich allerdings früher existirte, als die allgemeinere Richtung. Herrn Hofprediger, unserm deutschen Manne Stöcker (Bravo!) gebührt das Verdienst, die Bahn gebrochen zu haben. Die beiden genannten Richtungen der Conservativen sind die lebensfrischsten, in keiner andern Versammlung wird mit so viel innerer Wärme und Ueberzeugungskraft gesprochen, wie bei den Social-Conservativen. Diese Richtung allein vermag vielleicht bei uns gegen die Fortschrittspartei aufzukommen. Man könnte fragen: wie ist es denn möglich, daß die Fortschrittspartei so viele Anhänger hat, wenn sie doch so verwerfliche Prinzipien hat? Nun, daran ist die Phylisterhaftigkeit der Leute schuld, die

von politischem Verständniß nicht im entferntesten so viel aufzuweisen haben, wie der einfache Arbeiter. (Sehr richtig!) Durch die Lebensarten von „Freiheit“, „Opposition gegen die Tyrannen“ u. dgl., sowie durch den unvermeidlichen Bierdusel (Heiterkeit) in den Bezirksvereinen gerathen sie gedankenlos in die fortschrittliche Clique. (Sehr richtig!) Da ich den Bierdusel einmal erwähne: ich habe früher einmal geäußert, daß der Jude so wenig trinkt, weil er nicht mehr als ein Glas vertragen kann (Heiterkeit). — ja das ist doch Wahrheit und ich habe damit nur eine Thatsache constatirt. Aber die Judenpresse hat mich deshalb fürchtbar geschmäht und behauptet, ich predigte Böllerei. Eine Judenfrau äußerte sogar zu einem hiesigen mir bekannten Buchhändler, ich sei vom Morgen bis zum Abend betrunken. (Heiterkeit.) Nun, m. G., der fortschrittliche Abgeordnete Wöllmer sagte einmal, das Bierhaus sei ebensosehr eine Bildungsstätte, wie Kirche und Schule. (Hört, hört!) Warum hat denn da dieselbe Presse nicht ihr Geschrei erhoben? Ja, Bauer, das ist ganz was anderes! (Große Heiterkeit und Bravo.)

Was die Lebensfähigkeit der Parteien betrifft, so glaube ich dieselbe allen denen zusprechen zu dürfen, die an der nationalen Bewegung thätigen Antheil nehmen. Aber einen Fehler haben sie alle: sie sind zu sehr politische Partei; das sollten sie nicht, denn wir haben kein parlamentarisches Ministerium — Gott sei Dank, denn sonst würde Sem wohl halb obenauf sitzen. (Bravo.) Die Volksvertretung sollte sich nur mit Rechts- und Wirtschaftsfragen beschäftigen. Wenn mich nicht alles täuscht, so gehen wir einer völlig neuen Parteibildung entgegen, und wenn ich mir die gegenwärtigen Parteien als einen an einer Stelle geöffneten Ring denke, dessen eine Spitze die Konservativen, die andere die Socialdemokraten einnehmen, so wird die Partei der Zukunft die Lücke zwischen beiden ausfüllen. Aber die Verhältnisse bedürfen noch sehr der Klärung; die Strömungen gehen noch viel zu sehr durcheinander, als daß man im Handumdrehen eine neue Partei schaffen könnte. Deshalb ist die beste Lösung für die nächste Wahl: Wählt Männer, die sich nicht der Disciplin irgend einer der bestehenden Parteien unterwerfen!

**Wählt möglichst viele Wilde!**

(Lebhafter Beifall und Widerspruch.) Ich will Ihnen, meine Herren,



nun noch barlegen, was ich für unsere nächsten Bedürfnisse auf wirtschaftlichem Gebiet halte. Das sollen keine ewig gültigen Normen sein, wie die Fortschrittspartei solche glaubt aufstellen zu können, sondern eben nur Forderungen für die nächste Zukunft. Ich bin überzeugt, daß es auch in der Wirtschaftspolitik keine ewigen Normen giebt, sondern daß auch hier die Politik „von Fall zu Fall“ herrschen muß. (Beifall.)

Zunächst will ich kurz einige Hauptforderungen hinstellen, dann sie weiter ausführen. Obenan steht der Kampf gegen das Judenthum. (Bravo.) 2. Der Staat ist nicht nur in politischer, sondern auch in socialer und wirtschaftlicher Beziehung der Mittelpunkt des Volkslebens. 3. Um dies zu erreichen, wäre es vortheilhaft, den Parlamenten technische Kammer als eine Art ständiger Kommissionen zur Seite zu stellen. 4. Schutz der Produktion gegen den Schacher und Schutz der nationalen Arbeit. 5. Erweiterung des Staatsbetriebes. 6. Kräftigung der Landwirtschaft. 7. Nationale Erziehung.

Ich gehe nun auf einige Punkte genauer ein. Mein Standpunkt in der Judenfrage ist Ihnen bekannt. (Große Heiterkeit und Hurrah!) Ich halte daran fest, daß wir eines gesetzlichen Schutzes gegen die Juden bedürfen; jede andere Regelung widerstrebt mir. (Lebhafte Bravo.) Ein Zusatz zur Verfassung wird schwer zu umgehen sein. Unglaublich ist, wie weit die jüdischen Herren bei uns es gebracht haben; man fürchtet sich, gegen sie vorzugehen, während z. B. in Finnland ihres Weibens nicht länger ist. Die Noth ist ja schon übergroß, besonders in Pommern, Westpreußen, Posen und Schlesien — selbst in Hamburg regt es sich gewaltig, denn dort herrscht der Jude mehr als irgend wo. Die Hamburger Judenblätter behaupten zwar, daß in ihrer ehrbaren Stadt die schmutzige Judenfrage (Gelächter) nicht existire. Nein, die Judenfrage ist in Hamburg brennender als irgend wo, und wenn sie nicht in öffentlichen Versammlungen zur Sprache kommt, so hat dies seinen Grund in dem Charakter des Hamburgers. Es sind sogar von reichen Hamburger Patriziern Summen für unsere Agitation in Aussicht gestellt. (Hört, hört, Bravo.) In unserem Kampf gegen das Judenthum müssen wir danach trachten, die productirenden Klassen von der Sklaverei des Geldwuchers zu befreien. Zu diesem Zweck ist es nicht zu umgehen,

daß wir für unsere Handwerker obligatorische Innungen schaffen. (Lebhafter Beifall.) Man darf es logischerweise nicht hindern, daß ein Einzelner ein Handwerk betreibt, auch wenn er kein Examen gemacht hat; sobald aber der Betrieb mit Gehülfe und Lehrlingen eintritt, soll der Meister seine Qualifikation nachweisen. Es muß ja jeder Lehrer seine Qualifikation nachweisen, warum denn nicht der Lehrmeister, der doch in ganz hohem Maße als Erzieher thätig sein muß. Ein Junge von 14—16 Jahren muß noch erzogen werden, dem schadet gelegentlich eine Ohrfeige vom Meister gar nichts; heutzutage darf er ungestraft aus der Lehre laufen, wenn ihm eine verabreicht wird. Die Herren vom Fortschritt mögen sich merken, daß ihre grünen Judenjungen im „Berein Waldsee“ auch gelegentlich der Liebe bedürfen. (Sehr richtig.) Aber nein, diese 17-jährigen Burschen sind ja reife Demokraten, nur die deutschen Studenten nach Herrn Richter, „grüne Jungen“. (Bravo.) Kurz, unser jetziges Lehrlingswesen ist frivol, kein Lehrling lernt etwas, und wenn erst die alten Meister ausgestorben sind, dann versteht überhaupt Niemand mehr etwas Rechtes. — Schaffen wir gesetzliche Bestimmungen für das Handwerk, dann wird es möglich sein, einen Mittelstand zu halten, der jetzt dem Untergange entgegen geht. (Beifall.) Auch die Freizügigkeit ist ein Faktor, der zur Vernichtung unseres Handwerkerstandes beitragen hat; doch davon später einmal.

Bei der Erhaltung des Mittelstandes und sittlichen Hebung des Volkes spielt die Wohnungsfrage eine große Rolle. Es ist furchtbar zu sehen, wie in den großen Städten die ärmeren Klassen in himmelhohe Kasernen eingepfercht werden, und wie sie ohne festes Heim oft genug eine Wohnung nicht einmal ein Jahr inne haben. (Sehr richtig!) Hier kann nur der Staat helfen. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß möglichst viele Familien in den Besitz eines eigenen Häuschens gesetzt werden. Ich denke es mir so: Auf Staatsterrain — dessen es ja in der Nähe der großen Städte wohl überall giebt — werden vom Staate kleine Häuser erbaut; die Kosten eines jeden stellen sich, wenn für eine Familie bequem darin Raum ist, auf etwa 2000 Mk. Diese Häuser werden gegen jährlich 200 Mk. an eine Familie vermietet, so daß in 10 Jahren die Kosten gedeckt sind. Die Miete würde, wenn sie noch 2 Jahre länger gezahlt würde, bereits für den

Staat eine Verzinsung von 2 pCt. ergeben. Nach Verlauf von 12 Jahren würde das Haus in den Besitz der Familie übergehen. Durch eine gesetzliche Bestimmung wären diese Häuser zu unveräußerlichen Majoraten zu machen, und falls der Besitzer nach einer anderen Stadt übersiedelt, ihm eine Anweisung zu geben, durch welche er in den Besitz eines dort gelegenen Hauses gelangen kann. Die Vorschläge, die ich hier mache werden vielleicht befremdlich erscheinen; aber ich bin überzeugt, daß wir auf diese Weise dem Chaos der Heimathlosigkeit ein Ende machen können; dann wird es wieder Tausende von Familien mehr geben, die von einem Fleckchen Erde sagen können: das ist unser Heim! (Lebhafter Beifall.)

Was das Großgewerbe betrifft, so stehen wir noch vor Problemen. Ob ein System von Gewinnanteilen für die Arbeiter sich schaffen läßt, wäre noch zu erwägen. Denn daß die bisherigen Versuche in dieser Richtung gescheitert sind, beweist durchaus noch nicht, daß es überhaupt unmöglich ist. Eins müssen wir durchaus verlangen: bei der Regelung der Arbeiterverhältnisse darf nicht nur das wirtschaftliche Prinzip in Betracht kommen, in erster Linie steht vielmehr das ethische; die Volkswirtschaft soll und darf kein bloßes Rechenexempel sein. (Beifall.)

Bei der Aufstellung einiger allgemeiner Gesichtspunkte hatte ich von der Ausdehnung des Staatsbetriebes gesprochen. Ich dachte dabei in erster Linie an Staatsbahnen und bin der Meinung, daß früher oder später alle Eisenbahnen in die Hand des Staates übergehen müssen. Die gegenwärtigen Zustände mit ihren Differentialtarifen, die die Provinzialstädte herabdrücken, die großen Centralpunkte aber über alle Gebühr begünstigen, sind geradezu unleiblich geworden. Nächst dem Eisenbahnmonopol wäre zunächst das Tabakmonopol in's Auge zu fassen. Herr von Kardorff berechnete 1874 den Jahresertrag desselben auf 120 Millionen, Moritz Wohl in seiner Denkschrift 1878 sogar auf 533 Millionen. (Hört, hört!) Wenn auch die Wahrheit vielleicht in der Mitte liegt, so würde doch immerhin der ganze Militäretat durch dieses Monopol gedeckt. (Beifall und Widerspruch.) Bedenken Sie nur, daß die Straßburger Manufactur jährlich einen Ueberschuß von einer halben Million erzielt. Ich halte es für besser, daß diese Summe dem Staat zufließt, als daß sie in die Hände des Groß-

faben Käme, der auch das Tabakgeschäft gegenwärtig fast ganz in Händen hat. Was für Cigarren rauchen wir jetzt? Die Quantitäten von Kirsch- und Bohnenblättern und von — was weiß ich noch für anderen Dingen, die in den Cigarren verarbeitet werden, sind ganz ungeheuer. Dergleichen wird in einer Staatsfabrik nicht verarbeitet. Wir können sicher sein, daß, wenn wir erst die Staatscigarre haben, wir wirklich eine Staatscigarre rauchen. (Große Heiterkeit.)

In Bezug auf die Besteuerungsfrage kann ich nur ganz andeutend verfahren, es fehlt mir heute die Zeit dazu. Ich wünschte eine progressive Erbschafts- und Einkommensteuer, dafür völlige Befreiung der unteren Stände von directen Steuern (Beifall); ferner Entlastung des im Verhältnis zum mobilen Kapital ganz ungebührlich belasteten immobilien Besitzes. Dagegen muß der Giftbaum Haare lassen: eine hohe Börsen- und Couponsteuer dürfte Sem das Leben sauer machen. (Großer Beifall.) Besonders müssen ausländische Papiere gedrückt werden, für die unsere internationale Judenchaft immer eine besondere Vorliebe hat. (Oho!) Nun, 1870 zeichneten die Juden zuerst auf die französische Kriegsanleihe, und als dann die deutsche aufgelegt wurde, da zeichneten sie von den — entsinne ich mich recht — 120 Millionen, die zur Emission kamen, gerade 3 Millionen. (Pfui!) Auch unsere Reichsbank muß von Grund aus umgestaltet werden, zu einer wahren Volksbank; jetzt ist sie ein Judenprivilegium. (Bravo!) Staatliche Creditinstitute in Stadt und Land, Beschränkung der Wechselfähigkeit, dafür Einführung von Waarennoten als Circulationsmittel. Ich kann heute nicht näher auf diesen Punkt eingehen und bemerke nur, daß wir auf diese Weise ein Papirgeld bekämen, das eine reelle Unterlage hat. Derartige Einrichtungen würden bei dem durchaus nöthigen Uebergang von der Goldwährung zur Doppelwährung von Nutzen sein. Die Goldwährung richtet uns zu Grunde; auch England, dem Sir Robert Peel diesen zweifelhaften Segen gebracht hat, leidet darunter fürchterlich, und nur durch die Goldlager von Californien und Australien war es möglich, daß England seit 60 Jahren dieses System beibehalten konnte. Aber das nimmt einmal ein Ende.

Wir müssen ferner für Schutz und Hebung der nationalen Production Sorge tragen, und das ist nur möglich durch Schutz-

zölle. Allerdings halte ich dafür, daß diese Zölle nicht höher sein dürfen, als wirklich zum Schutz unserer eigenen Production nöthig ist. Die Herren Theorie-Freihändler sollten in ihrem Kampf gegen den Schutzzoll das Beispiel Amerikas nicht übersehen, dessen Production qualitativ und quantitativ sich immer glänzender gestaltet. Eine alte Krähe kann ja einen jungen Adler umbringen, schützt man aber den jungen Adler, so dürfte sich der Spieß einmal umkehren. (Heiterkeit.) England ist gegen das Gesagte durchaus kein Gegenbeweis, denn England bestreitet seinen Import von jährlich 2 Milliarden durch den fast doppelt so großen Ertrag seiner Colonien. Aber trotz dieser kolossalen Einnahmen ist Englands Landwirthschaft in einer verzweifelten Lage: seit der Aufhebung der Kornzölle im Jahre 1849 ist Englands Landbau total ruiniert. Unsere deutsche Landwirthschaft leidet aber unter einem viel ärgeren Feind, als die fremde Concurrrenz ist: ich meine das römische Recht mit der Uebertragung des Hypothekenwesens auf den ländlichen Grundbesitz. Ich komme vielleicht in einem eigenen Vortrage auf diesen Gegenstand speciell zu sprechen.

Es sei mir gestattet über noch eine brennende Tagesfrage ein Wort zu sagen: die Auswanderung. Diese entzieht uns Jahr aus, Jahr ein, einen Theil der besten Arbeitskräfte. Wenn man nun bedenkt, daß alljährlich eine Milliarde für Kolonialwaaren in's Ausland geht, dann liegt auf der Hand, daß die Erwerbung von überseeischen Colonien mit Staats-Plantagen ungeheure Vortheile bieten würde. Die Arbeitskraft von Tausenden und jährlich eine Milliarde würden unserem Volke erhalten — was sind dagegen die lumpigen Millionen des Militär-Stats. Dann brauchen wir nicht daran denken, unsere Wehrkraft und Volkserziehung durch Einführung einer 2jährigen Dienstzeit zu schwächen; die militärische Erziehung während der Dienstzeit ist die einzige wahrhaft nationale: körperlich und moralisch gekräftigt lehrt der Soldat zu seinem bürgerlichen Erwerb zurück.

Zum Schluß noch ein Wort über unsere Erziehung. Wir müssen darauf bringen, daß wir keine Judenschulen ferner haben, an denen der Lehrer kein Wort von Deutschtum und Christenthum sagen darf, ohne der Judenhebe beschuldigt und disciplinär belangt zu werden. (Stürmisches Bravo.) Unsere Erziehung muß durchaus national werden, und das wird nur erreicht, wenn erst

die Juden in besonderen Judenthulen vereinigt sind und auf den so gereinigten höheren Lehranstalten (Heiterkeit) nicht das klassische Alterthum fast das einzige Bildungs-Element ausmacht. Ich habe alle Hochachtung vor dem Alterthum, aber zu einer deutsch-nationalen Gesinnung verhilft es nicht. Da sind die nordischen Völker auf besserem Wege, wenn sie in ihren Schulen die Edda lesen lassen. Auf unseren höheren Lehranstalten muß die nationale Geschichte zum Mittelpunkt des Unterrichts werden. Wenn sich daran auch gelegentlich ein Wort über die deutsche Kunst reihte, so würde unsere Jugend wahrlich nicht dadurch vergiftet. (Heiterkeit.) Unbedingt erforderlich ist es, daß die Schule christlich ist; nur graue Theoretiker können eine religionslose Schule sich zurechtphantasiren. Der praktische Pädagoge weiß, daß die Religion einer der wesentlichsten Faktoren der Erziehung ist. Mag nachher ein jeder nach seiner Facon selig werden — keines Menschen Gewissen soll beschränkt werden — aber die Schule kann den christlichen Unterricht nicht dahin geben, ohne unsere ganze Kultur in Frage zu stellen. (Lebhafter Beifall.)

Das ungefähr sind die Gesichtspunkte, die unsere Bevölkerung für die nächste Wahl festhalten sollte: Wählt vor allen Dingen keinen Schaumschläger, sondern ehrliche, charakterfeste Männer; dann kommt es wahrlich nicht darauf an, ob der Kandidat einen Zoll breit weiter nach links oder rechts steht. (Bravo.) Wer ehrlich nach des Volkes Wohl trachtet, den Juden Feind, dem Reiche Freund ist, wer festhält an den alten Wahlsprüchen: „Mit Gott, für König und Vaterland“ und „Suum cuique“, das ist der rechte Mann, den können wir getrost wählen. (Großer Beifall und Hochrufe auf den Redner.)

---